Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.38 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 145. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 24. Juni 1930. | 12. Jahrgang

Der Mensch braucht eine nahe, starke, geistige Autorität, und er braucht ein fernes letztes Ziel. Das führt die Seele auf die Höhe des geistigen Lebens. Beides gibt das Christentum.
R. Seeberg

Volk in Not!

Artikel über die bitteren Gegenwartsnöte füllen heute die Spalten der Tagesblätter aller Richtungen. Von Berufenen wie auch Unberufenen werden vielerlei und vielartige Ratschläge zur Behebung der Notstände gegeben. Die Mehrzahl der Volksgenossen aber steht resigniert und kopfschüttelnd am Grabe der deutschen Volkswirtschaft und wagt nicht mehr daran zu glauben, daß es überhaupt noch Mittel gibt, das wachsende Unheil zu bannen.

Viel schneller und viel schlimmer sind alle die Voraussagen der Volksbegehrler und Gegner der bisherigen Erfüllungspolitik eingetroffen. Die Erleichterung des Zahlungsmodus, die der Youngplan brachte, ist nicht einmal fühlbar geworden. Dagegen sind die prophezeiten Lohn- und Gehaltskürzungen schon über Nacht wahr geworden. Auch die Beamtenschaft wird in dieser oder jener Form bluten müssen. Das Schicksal, welches sich das deutsche Volk selbst erwählt hat, ist unerbittlich. Eine Steuererhöhung jagt die andere. Industrie und Landwirtschaft ringen mühsam um die Erhaltung bescheidenster Existenzmöglichkeit. Jede Steuererhöhung aber treibt automatisch weitere Hunderttausende in die Reihen der Arbeitslosenheere und jede neue Belastung schaltet eine Unzahl Gewerbetreibender aus dem Kreise der Steuerzahler aus.

Durch das deutsche Volk geht in den letzten Wochen *ein Aufschrecken*, ein Beben wie in Vorahnung einer kommenden Katastrophe. Jedermann fragt sich: „Wo will das noch hinaus?" Für den Herbst und Winter rechnet man schon jetzt mit einer Arbeitslosenziffer von rund 5 Millionen. Nach den Erfahrungen wird die amtliche Schätzung nicht einmal ausreichen.

Das deutsche Volk muß den Kelch des Leidens bis zur Hefe austrinken. Vielleicht haben doch diejenigen Recht, die schon immer der Ansicht waren, daß das deutsche Volk erst dann zur Besinnung und Ernüchterung kommt, wenn ihm der Boden unter den Füßen wankt und ihm aus allen Ecken das grausige Gespenst des wirtschaftlichen und staatspolitischen Zusammenbruchs entgegengrinst.

Der Staat von heute ist — wie Hugenberg es richtig benennt — am Ende seines Lateins angelangt. Zuschanden sind endgültig alle Hoffnungen, die die Arbeiterschaft seit 1918 auf die Sozialisierung auf Grund törichter Versprechungen gesetzt hat. Die Industrie ist so geschwächt, daß in einzelnen Fällen sogar die Gewerkschaften von der Regierung die Subventionierung notleidender Industrien fordern. (Siehe Kupferbergbau Mansfeld.) Gewerkschaftsführer fordern eine Wirtschaftspolitik, die auch die Neubildung von Kapital zuläßt, damit die durch die bisherige Wirtschaftspolitik — die nicht zum wenigsten von den Gewerkschaften bestimmt wurde — notleidend gewordenen Betriebe wieder ausreichend von deutschem Kapital finanziert werden können. Abgesehen davon, daß diese Forderungen schon zu spät kommen und daß das internationale Kapital sich im weitesten Umfange in Deutschlands Industrien festgesetzt hat, haben alle diese Vorschläge keinen Wert, wenn man sich gleichzeitig nicht zu einem grundlegenden Systemwechsel entschließen kann und will.

Zuschanden geworden sind auch alle Hoffnungen der Rechtskreise, die der neuen Regierung Vertrauen entgegengebracht haben. Die Parole von der Mitarbeit und vom Aufbau hat viel Verwirrung angerichtet und jetzt schon ist klar zu sehen, daß die Beweisung des guten Willens ein brüchiges System nicht vor dem Zusammenbruch bewahren kann. Die Mühe der Mitarbeit war bisher vergebens und alle die beteiligten Gruppen müssen schaudernd erkennen, daß unsere Volkswirtschaft in den Strudel eines zwangsläufigen Geschehens hineingerissen ist, aus dem es keine Rettung mehr gibt. Ein einstürzendes Haus läßt sich nicht mehr retten und die allzu Hilfsbereiten kommen in Gefahr, von den Trümmern erschlagen zu werden. Besser ist es, alle Kraft für die Errichtung eines Neubaues aufzusparen als die Kräfte nutzlos an einem Trümmerhaufen zu vergeuden. Die Entwicklung läßt sich nicht aufhalten und das Ende des heutigen Systems wird sich zwangsläufig ganz von selbst ergeben.

In der Tat ist unserem Volk nicht damit gedient, daß nur gewisse Reformen durchgeführt werden, die letzten Endes nur dazu dienen sollen, um diesem abgewirtschafteten System noch das Leben künstlich zu verlängern. Das heutige System kann uns keine Rettung mehr bringen und das sollten sich alle die merken, die immer noch guten Glaubens sind, daß durch die tätige Mitarbeit Rettung möglich ist. Die kommenden Reichstagssitzungen werden mit Sicherheit die ganze Unhaltbarkeit der Lage kennzeichnen. Für diesmal werden die Sozialdemokraten diesem Reichstag wohl noch einmal das Leben retten, da die Deutschnationalen schwerlich das Trauerspiel vom April wiederholen werden. Diese Vorgänge haben ganze Scharen bereits in die Nationalsozialistische Partei getrieben und diese Partei hat noch in den letzten Wochen einen solchen Zuwachs an Mitgliedern wie auch an Sympathien bekommen, daß das Vorgehen der einzelnen Länderregierungen erklärlich ist.

Die Not ist im Augenblick groß und sie wird mit größter Wahrscheinlichkeit noch um vieles ernster. Es ist gut, daß wir uns darauf beizeiten einstellen. Die Lage ist aber noch zu retten, wenn das Steuer endlich herumgeworfen wird. Es gibt noch Wege, die uns aus dem schlimmsten Notstand herausführen können. Nicht, daß wir in absehbarer Zeit großen Wohlstand erlangen könnten; denn nur in schwerer und harter Arbeit und unter Zurückschraubung der ganzen Lebenshaltung ist dem deutschen Volke wieder der Aufstieg möglich. Wollen wir zur Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse gelangen, dann müssen wir nach Kräften dafür sorgen, daß Männer der Praxis, „wahre Führer" an die Spitze des Staates gestellt werden.

Was helfen uns neue Parteiprogramme? Sie helfen uns nichts mehr als die alten, dabei völlig gleichwertigen Programme. Rettung bringt uns nur die Tat von Männern außergewöhnlichen Formats, die uns Gott bald schenken möge. Vielleicht sind diese Männer schon da und es fehlt nur, daß jeder nach Kräften dazu beiträgt, diese Männer an die rechte Stelle zu bringen.

Bei dem heutigen System können aber die tüchtigsten Männer nichts ausrichten und hier muß die Tat des ganzen Volkes einsetzen. Wenn die wachsende Not dazu führt, daß sich immer mehr im Volke die Erkenntnis Bahn bricht, daß es so nicht mehr weitergeht und der Kern des Volkes sich wieder zusammenfindet und sich einig wird in dem Bestreben, ein verkrachtes System auf völlig legalem Wege endlich abzudanken, dann war die Not für unser Volk ein Segen und wir dürfen Gott dafür von Herzen danken.

Noch sind wir nicht so weit; aber der Tag wird kommen. Solange das deutsche Volk sich nicht zu dieser Tat aufrafft, so lange bleibt Deutschland auf dem Abstieg und so lange wächst die Not weiter. Darum —

Volk in Not! — Wach auf!

Th.

Moderne Völkerwanderungen und ihre Auswirkungen.

Von Fritz Gehrmann-Spandau.

Eine der bedeutsamsten Erscheinungen des 19. Jahrhunderts für die gesamte Entwicklung des deutschen Volks- und Wirtschaftslebens zeigt sich in der gewaltigen Bevölkerungszunahme, die das deutsche Volk in diesem Jahrhundert zu verzeichnen hat. Die Bedeutung einer solchen Erscheinungsform für die gesamte Lebensordnung eines Volkes, seine Wirtschaftsgestaltung und sein geistiges Dasein kommt erst zum entscheidenden Bewußtsein, wenn man bedenkt, daß im 19. Jahrhundert in Deutschland ein Bevölkerungszuwachs von über 40 Millionen zu verzeichnen ist, während all die vorhergehenden Jahrhunderte deutscher Geschichte mit einem Bevölkerungsbestand von nicht ganz 25 Millionen Menschen abschließen. Es ist klar, daß eine solche Entwicklung die Lebensformen eines Volkes von Grund auf umzugestalten vermag, denn all diesen neu hinzukommenden Menschen müssen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten erschlossen werden. Daß es dem deutschen Volke in diesem Jahrhundert nicht nur möglich wurde, seinem ständig in so gigantischen Ausmaßen wachsenden Volkskörper Lebensraum und Lebensmöglichkeit zu geben, sondern sogar noch seine gesamte Lebenshaltung zu steigern, erklärte sich aus der Umgestaltung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert aus einer Agrarwirtschaft in eine Industriewirtschaft.

Diese Bevölkerungs**vermehrung** hatte in Deutschland eine gewaltige Bevölkerungs**verschiebung** zur Folge. Es setzte eine Binnenwanderung ein, gegenüber der die geschichtlich bekannte Völkerwanderung vor etwa 1½ Jahrtausenden in Bewegung geratenen Völkerschaften, die insgesamt kaum ein paar hunderttausend Menschen umfaßten, fast klein und unbedeutend erscheinen mag. Denn die modernen Völkerwanderungen, wie wir sie seit dem 19. Jahrhundert erleben, rechnen mit Millionen und sind für die Bevölkerungsentwicklung des Landes, insbesondere aber bestimmter Gebietsteile von ganz einschneidender Bedeutung. — Mit welch elementarer Wucht diese Bevölkerungsverschiebung von sich ging und vor allem die industrielle Entwicklung den Strom des Bevölkerungswachstums in eine bestimmte Richtung zu lenken vermochte, zeigt sich wohl am anschaulichsten in der Entwicklung der Stadt- und Landbevölkerung. Während noch 1871 Deutschland als ein ausgesprochener Agrarstaat anzusprechen war (zwei Drittel der Bevölkerung wohnten auf dem Lande), so erleben wir in der Folgezeit eine völlige Umkehr der Verhältnisse. 1925 entfielen von 62,3 Millionen Deutschen 22,2 auf ländliche, dagegen 40,1 Millionen auf städtische Gemeinden. Die Stadtbevölkerung war also auf zwei Drittel der Reichsbevölkerung gestiegen. Die Großstädte allein hatten während der Zeit von 1871 bis 1910 eine Versiebenfachung ihrer Einwohnerzahl zu verzeichnen, von 1910 bis 1925 schnellte die Einwohnerzahl der Großstädte sogar von 13,8 Millionen auf 16,6 Millionen, so daß heute fast jeder 4. Deutsche ein Großstädter und jeder 16. Deutsche ein Berliner ist! (Berlins Einwohnerzahl wuchs über 4 Mill.) Bei der Berufszählung 1907 waren 29 Millionen, beinahe die Hälfte der damaligen Reichsbevölkerung, nicht mehr an ihrem Geburtsorte seßhaft geblieben. Davon hatten sich 20 Millionen mit einer Abwanderung in eine andere Gemeinde des gleichen Landesteiles begnügt, aber 9 Millionen, fast der 7. Teil der Reichsbevölkerung, waren aus der engeren Heimat fortgewandert.

Die Grundlage zu dem ungeheuren Anwachsen der Städte schuf die Entfaltung der ständige Steigerung des industriellen Produktionsapparates. Die Quellen des Wachstums bildete im wesentlichen das flache Land, während die Eigenvermehrung erst in zweiter Linie hinzutritt. Noch bis etwa 1870 hat das Land, das lediglich Träger der Abwanderung war, selbst den Bevölkerungszuwachs gehalten, einzelne Provinzen hatten ihre Bewohnerzahl sogar verdoppelt. Von 1870 ab jedoch zeigt die ländliche Bevölkerung einen stabilen Stand, der gesamte Ueberschuß wandert in die Stadt ab. Solange das Land bei seiner überquellenden Fruchtbarkeit überschüssige Bevölkerung hatte, war die Abwanderung erträglich, z. T. notwendig. Seitdem aber besonders in der Nachkriegszeit das deutsche Volk aufgehört hat, ein wachsendes Volk zu sein und auch die Landbevölkerung einen effektiven Bevölkerungsrückgang aufweist, beginnt die Abwanderung, die heute unter der landläufigen Bezeichnung „Landflucht" umgeht, zu einer akuten Gefahr zu werden. Denn die Städte, besonders die Großstädte leben und wachsen nur noch von dem lebendigen Blutstrom, der ihnen vom Lande zufließt — und eine weitere Abwanderung kann sich nur auf Kosten der Bevölkerungs**substanz** des Landes vollziehen, das dadurch immer mehr verödet. Und gerade die an sich schon dünn besiedelten Grenzgebiete des deutschen Ostens stehen unter den stärksten Auswirkungen der Landflucht, denn fast die Hälfte des natürlichen Bevölkerungszuwachses geht in diesen Grenzgebieten durch Abwanderung verloren. Wie intensiv diese Abwanderungsbewegung in den deutschen Ostgrenzgebieten sich vollzog und auch heute noch anhält, mag Ostpreußen zeigen, aus dem seit dem Jahre 1840 rund 850 000 Menschen abgewandert sind; in den Jahren 1910 bis 1925 war ein Wanderungsverlust von 111 591 zu verzeichnen. In den übrigen Grenzgebieten zeigt diese Abwanderungstendenz im wesentlichen das gleiche Bild:

Die Gründe, die gerade auch heute noch zur Landflucht führen, sind äußerst mannigfaltig und hart umstritten. Nicht zu wenig Bedeutung ist der Feststellung beizumessen, daß dieser „Zug in die Stadt" als eine **Weltbewegung** anzusehen ist, die sich nicht nur bei den modernen Industrievölkern, sondern auch in Ländern wie Afrika und Australien bemerkbar macht. In Australien z. B. wohnt die Mehrzahl der Einwohner des Landes in 4 großen Städten.

Die Entvölkerung der Grenzgebiete des deutschen Ostens, die dem nachdrängenden, expansionslüsternen Polentum fast naturnotwendig das Ziel der Durchsetzung dieser Grenzgebiete mit slavischen Elementen vor Augen erstehen läßt, ist schlechthin zu einer gesamtdeutschen Gefahr angewachsen. Die deutsche Siedlungspolitik, die in einer großzügigen Durchführung wirksame Abhilfe schaffen könnte, ist über ihre Anfänge noch nicht hinausgekommen. In den ersten Jahren des Reichssiedlungsgesetzes sind erst 130 000 Menschen in den 26 000 Siedlungen untergebracht worden. Die Wiederherstellung und Hebung der Rentabilität der Landwirtschaft und damit die Hebung des Lohnniveaus und der Lebenshaltung des Landarbeiters, der heute das Hauptkontingent der Abwanderung stellt, sind neben der Besserung des Landschulsystems und damit der Hebung des geistigen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens des Landes nur einige der

wichtigsten Maßnahmen, um den Osten dem Deutschtum zu erhalten und mit einem neuen Menschenstamm zu verwurzeln, der imstande ist, dem bevölkerungspolitischen Druck der äußerst aggressiven Gegenseite auf die Dauer zu widerstehen.

Zu den Thüringer Schulgebeten.

Von D. Strathmann, Erlangen, M. d. R.

Bei den diesjährigen Verhandlungen über den Haushalt des Reichsministeriums des Inneren werden die christlichen Kreise unseres Volkes besonders nahe berührt durch die lebhafte Aussprache, welche sowohl in der Vorberatung des 5. Ausschusses wie in der zweiten Lesung der Vollversammlung des Reichstages der Erlaß des Thüringischen Ministers Frick über die Schulgebete ausgelöst hat. Nebenhergehende Erklärungen hatten gesagt, daß diese Gebete sich gegen art- und volksfremde Elemente richteten. Hierdurch empfing die von seiten der Linken und des Zentrums besonders betonte Beschwerde Nahrung, daß diese Gebete gegen den Artikel 148 der Reichsverfassung verstoßen. Denn dort heißt es im zweiten Absatz: „Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden." Außerdem ist die Beziehung auf die Ereignisse vom November 1918 und ihre Urheber nicht zu verkennen. Vom christlichen Standpunkt aus gesehen sind aber diese politischen Einwände, über deren Berechtigung man immerhin zweierlei Meinung sein kann, und die jedenfalls in entgegengesetzten Fällen nicht geltend gemacht worden sind, nicht entfernt von der Bedeutung, wie unvermeidlich sich aufdrängende religiöse Erwägungen.

Dem suchten die Bemerkungen Rechnung zu tragen, mit denen der Verfasser im Auftrage der Deutschnationalen Reichstagsfraktion am 18. Juni im Verlauf einer zum Haushalt des Reichsministeriums des Inneren gehaltenen Rede zu der Angelegenheit Stellung nahm.

Es sei gestattet, wegen der Wichtigkeit der Sache, diese Bemerkungen hier wörtlich anzuführen:

> Es ist eine sehr delikate Angelegenheit, an dieser Stelle, in diesem Kreise über etwas so Innerliches, wie es das Gebet ist, überhaupt etwas zu sagen. Doch ist es nach allem, was vorangegangen ist, wohl nicht zu umgehen.
>
> Die Absicht, die Herrn Dr. Frick nach seiner gestern hier abgegebenen Erklärung bei seinem Erlaß leitete, nämlich die Belebung des sittlich-religiösen Bewußtseins auch in der Schule zu fördern, ist nur zu billigen.
>
> Ob freilich die Form glücklich war, ist eine andere Frage. Wichtiger als die von vielen Seiten geltend gemachten staats- und verfassungsrechtlichen Bedenken, ist dabei die religiöse Kritik, der die Gebetsvorschläge ausgesetzt sind. Sie sind vielfach so gedeutet *worden, als werde hier das Gebet zum politischen* Agitationsmittel herabgewürdigt. Es hätte doch eine Form gewählt werden müssen, die auch nicht einmal die Möglichkeit einer solchen Deutung zuließ. Das wäre zweifellos auch vermieden worden, wenn man sich des Rates der zuständigen kirchlichen Organe bedient und ihn befolgt hätte. Es ist zu befürchten, daß die ernsten religiösen Bedenken, die keinesfalls von der Hand gewiesen werden können, der guten Absicht, die nach den gestern hier abgegebenen Erklärungen den Herrn Minister Frick geleitet haben, nämlich der Belebung des religiös-sittlichen Bewußtseins zu dienen, nicht förderlich sein werden.
>
> Ob aber deshalb der Staatsgerichtshof mit der Angelegenheit befaßt werden mußte, ist eine völlig andere Frage.

Um dem Leser ein eigenes Urteil zu ermöglichen, lassen wir die empfohlenen Gebete hier folgen:

„Herr Gott, du wollest mit starker Hand
In dieser Zeiten Grauen,
Die Heimat, das deutsche Vaterland,
Tief in die Herzen uns bauen.
Gott, laß uns wachsen rein und groß,
Einst hohen Dienstes zu walten,
Des freien Volkes lichteres Los
In starken Händen zu halten."
(Aus einer Gebetsammlung des Landeskirchenrats in Thüringen.)

„Hör' an, o Herr, der Kinder Fleh'n,
Laß unsere Arbeit vorwärts geh'n,
Gib unseren toten Kriegern Ruh!
Die Witwen und Waisen tröste du!
Und gib uns Deutschen wieder Kraft,
Die Freiheit uns und Frieden schafft."
(Entwurf von einem katholischen Geistlichen.)

„Vater, in deiner Allmacht Hand
Steht unser Volk und Vaterland.
Du warst der Ahnen Stärke und Ehr',
Bist unsere ständige Waffe und Wehr.
Drum mach uns frei von Betrug und Verrat,
Mach uns stark zu befreiender Tat,
Gib uns des Heilands heldischen Mut,
Ehre und Freiheit sei höchstes Gut.
Unser Gelübde und Losung stets sei:
Deutschland, erwache! Herr, mach uns frei!"
(Von einem evangelischen Theologen.)

„Vater im Himmel,
Ich glaube an deine allmächtige Hand,
Ich glaube an Volkstum und Vaterland,
Ich glaube an der Ahnen Kraft und Ehr',
Ich glaube, du bist uns Wasse und Wehr,
Ich glaube, du strafst unseres Landes Verrat
Und segnest der Heimat befreiende Tat.
Deutschland, erwache zur Freiheit!"
(Von einem ungenannten Verfasser.)

„Vater im Himmel,
Ich glaube an deine Allmacht, Gerechtigkeit und Liebe,
Ich glaube an mein liebes deutsches Volk und Vaterland.
Ich weiß, daß Gottlosigkeit und Vaterlandsverrat unser Volk zerriß und vernichtete.
Ich weiß, daß trotzdem in den Besten die Sehnsucht und die Kraft zur Freiheit wohnt.
Ich glaube, daß diese Freiheit kommen wird durch die Liebe des Vaters im Himmel,
Wenn wir an unsere eigene Kraft glauben."
(Von einem evangelischen Lehrer.)

Es sei gestattet, zur Beurteilung noch wenige Sätze anzufügen. Aus den Gebeten spricht heiße Liebe zum deutschen Volke und Vaterlande, spricht glühende Sehnsucht nach einer neuen, besseren Zukunft. Und diese Liebe sucht Weihe und Kraft, indem sie den himmlischen Vater anruft. Das ist schön und gut. Auch das ist völlig in der Ordnung, daß der Betende die göttliche Hilfe anruft, um das Volk gereinigt zu sehen von den Mächten des Verderbens, die uns in den Abgrund stürzten. Nur — daß wenn auch mit einem unsichtbaren Finger, so doch unmißverständlich auf einen Teil des Volks hingewiesen wird, der den Verrat begangen hat! Daß es so gemeint ist, läßt sich doch nicht bestreiten. Kann der Christ so beten? „Wer unter euch ohne Schuld ist, der werfe den ersten Stein auf sie", sagte Jesus als man Gericht über die Ehebrecherin von ihm begehrte. „Und vergib uns unsere Schuld" lautet die fünfte Bitte des Vaterunsers. Es wäre völlig unbedenklich, wenn es etwa hieße: „Reinige uns von aller Untreue." Denn wer wollte wagen zu behaupten, daß er jederzeit und überall die volle Treue bewahrt hätte? Ohne sich selbst ganz vor Gott zu demütigen und mit schielendem Blick auf andere, die die eigentlichen Sünder seien, kann man als Christ nicht beten, es sei denn, man bete für sie! — Und nur noch eins. Wem die Sprache des Neuen Testaments vertraut ist, der kann mit dem Wort „glauben" nicht all die Objekte gleichartig verbinden, die hier mit ihm verbunden werden. Man kann nicht in dem Sinne an die eigene Kraft und auch nicht an das eigene Volk glauben, wie man an Gott glaubt. Der Apostel Paulus liebt sein Volk; er hofft für es; hätte er je schreiben können, er glaube an Israel? Und gar an seine eigene Kraft? Das wäre ihm geradezu lästerlich erschienen. Möchte der Verfasser des letzten Gebetes einmal den Römerbrief lesen. Er wird dann schwerlich noch so schreiben mögen! —

Treuekundgebung der Saar.

Ein Gruß nationaler Verbundenheit. — Gegen die Erkaufung der Freiheit durch neue Opfer.

— Saarbrücken, 23. Juni.

Der ehemalige Hauptausschuß für die Jahrtausendfeier des Saargebietes, dem fast alle deutschen Verbände angehören, ruft zum 1. Juli die Saarbevölkerung zu einer Treuekundgebung auf, die die nationale Verbundenheit des Saargebietes mit dem Gesamtvaterland unterstreichen und dem Willen zur Rückkehr in das Reich Ausdruck geben soll.

Der wesentlichste Teil des Aufrufs hat folgenden Wortlaut:

Am 30. Juni verlassen die letzten Besatzungstruppen die rheinischen und pfälzischen Gebiete. Nach großen Mühen und schweren Opfern ist die Befreiung von materieller und seelischer Bedrückung erreicht, die zwölf Jahre hindurch auf Deutschlands Westmark lastete und den Fortbestand der nationalen Einheit in Frage stellte.

Rheinländer und Pfälzer erinnern sich in dieser historischen Stunde über die Sorgen des Tages hinaus ernst und würdig, aber frohen Herzens jener gewaltigen Kraft des Blutes und der Kultur, an der alle zerstörenden Absichten zeitfremder Mächte und der verbrecherische Anschlag des Separatismus zerschellten.

Einig und geschlossen werden sie darum den Tag der wiedererstandenen Freiheit mit Kundgebungen des Dankes begehen und vor aller Welt erneut zu dem Geiste stehen, der ihrer Treue Erfüllung brachte. Wenn Rheinland und Pfalz für die Einheit Deutschlands manifestieren, dann dürfen wir nicht abseits stehen. Wir wollen es auch nicht, denn noch sind wir von der Rückkehr ins Vaterland ausgeschlossen,

noch sind wir Objekt fremder Begehrlichkeit,

noch vermeinen „nationale" französische Kreise das nationale Empfinden von Deutschen mißachten und für den Sieg des Rechtsgedankens am Rhein sich an der Saar entschädigen zu dürfen.

Das aber, Landsleute, darf nimmer sein! Darum erwuchs aus der Mitte der Bevölkerung der Gedanke einer Treuekundgebung, die in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli zugleich mit den Befreiungskundgebungen in den rheinisch-westfälischen Landen in folgenden Orten des Saargebiets vor sich gehen soll: Saarbrücken, Saarlouis, Merzig, Neunkirchen, Ottweiler, Homburg und St. Wendel, ferner in einem Ort des Warndtgebietes.

Wir wollen unseren Brüdern in der befreiten Westmark einen Gruß zurufen in engster nationaler Verbundenheit. Wir wollen aber auch unserem Willen Gehör verschaffen, endlich wie sie ins Vaterland zurückzukehren. Soll zwischen Deutschland und Frank-

Oberammergau.

Von Arnold Waubke.

Oberau! Aussteigen nach Oberammergau! Langsam windet sich das Auto an den grünen Bergwänden hinauf. Vorüber geht's an dem Kloster Ettal mit dem grandiosen Kuppelbau. — Hier sollen die ersten Aufzeichnungen des Passionsspieles ihren Ursprung haben. Und bald öffnet sich das Hochtal, in dem das schöne stattliche Oberammergau nun seit Monaten schon eine so ungeheure Anziehungskraft ausübt. Die Hauptstraßen bieten das übliche Bild des Kurortes mit Weltverkehr, Läden, Banken, Gasthäuser und die Reklame, ohne die es heute nicht mehr gehen will. Hier wird dringend beteuert, daß mit Emmenstädter Bräu morgen alle Gebrechen dahin sind; dort wird man ebenso eigennützig beschworen, nur „Apiosa"-Schokolade zu essen, wobei die Beziehung des Wörtchens „nur" dunkel bleibt; auch für das „Fortkommen" wird durch eine „Zentral-Besohlungsanstalt Salamander", zu deutsch: Veitmayer Josef, Schuhmacher, gesorgt. Aber auffallend still ist es auf den Straßen, die eigentlich von kaum jemand mehr als von dem in Kleidung und Haltung sich gut gebenden Schupobeamten bevölkert werden. Der Grund davon ist, daß morgen ein Spieltag besonders für die umliegenden Gegenden ist, aus denen man erst in der Frühe, kurz vor Spielbeginn, eintreffen wird. Ja, wird es mir noch gelingen, eine Eintrittskarte zu bekommen? Ueberall Schilder: Ausverkauft. Fast scheint nur die Aussicht zu bleiben, morgen vor Eröffnung in den Strom der Menschen sich zu werfen und nach zurückgezogenen Karten zu fragen, und damit die Geruhsamkeit der Nacht sehr fraglich zu werden. Aber Beharrlichkeit führt zum Ziel. Und nun habe ich längst mit sorgenlosem Herzen allerlei Bekanntschaft gemacht. Zuerst lief mir ein Straßenfeger mit Karre und Besen in den Weg. Sein langes Haar kennzeichnete ihn. „Auch mit im „Gspiel"?" „Jo, Herr!" Er war einer der Händler am Tempel, die „Altar, Altar" rufen und „Geschäft" meinen, und freute sich auf den klingenden Lohn am Schluß der Spielzeit, der der riesigen Besucherziffer entsprechend nicht karg sein wird. Aber noch mehr freut er sich auf das nächste Spiel im Jahre 1934, wo sein Kleiner im „Lob der Unmündigen" mitwirken soll, wie heuer der „Seppl", der „Guschtav" und der „Andres", die ich auch beobachten konnte, wie sie, ungestört durch den Gedanken an das morgen auszubringende Hosiannah sich mit Süßigkeiten gütlich taten. Sehr interessant war mir der Zadok, der fanatische Priester. Es ist der alte Breitsamter, der Vater des Pilatus. Er hat schon als Büblein 1871 mitgespielt und gibt seine Rolle seit 30 Jahren. Mit großer Liebe erzählte er von dem Geistlichen Rat Daisenberger, der als Ortspfarrer von Oberammergau dem Spiel seine jetzige Form gegeben. Seine Augen leuchteten in dem gut geschnittenen, weiß umrahmten Gesicht, als er mir seine Überzeugung aussprach, daß das Spiel nicht allen, aber doch manchen Zuschauern den Weg zu Gott weisen möge. Wir unterhielten uns von der Geschichte des Spiels, und wie das Spiel von Geschlecht zu Geschlecht „in den Menschen drin säße"; heute wäre es bei allem guten Willen nicht mehr zu schaffen, meinte er. Auch den Nikodemus fischte ich mir in einer stillen Gasse auf, aber er gab nicht viel aus, ich glaube, der ehrwürdige Ratsherr von Jerusalem wäre gegen einen älteren Herrn aus dem Ravensberger Land freundlicher gewesen. Reichlich entschädigt aber wurde ich durch den Besuch der Maria. Sie bedient mit ihrer Mutter einen Papier- und Andenkenladen und ließ es sich in ungemein anmutiger Weise sagen, daß es mir eine große Freude sein würde, sie morgen im Spiel zu hören. Sie heißt eigentlich Anny Ratz, wird aber, wie sie mir erzählte, seitdem der Gemeinderat von der Gewohnheit, eine dunkelhaarige Maria zu wählen abgegangen und sie, die Blonde, die nur auf die Magdalena zu hoffen gewagt, für die Maria bestimmt hat, im ganzen Ort nur mit diesem Namen genannt. Eine liebliche, holde Mädchenerscheinung von 24 Jahren. Als ich meinte, sie hätte eine große Rolle, verbesserte sie bescheiden, „nein, nicht eine große, aber eine schöne!" Auch sie schien mir von dem gottesdienstlichen Beruf des Passionsspiel angetan zu sein. Als ich sie um ihre Unterschrift auf zwei Bildkarten bat, ging sie auf das bereitwilligste darauf ein. Auf meine dafür gespendete Gabe für einen guten Zweck, für Arme usw. folgte ein warmer Dank und von der Mutter eine Aeußerung des Bedauerns, daß die Ströme der reichen Spielbesucher, Amerikaner, Inder u. a. mit der gleichen Bitte sich an die Maria-Darstellerin wendeten, ohne je das aufgestellte Opferbüchslein zu sehen. Ich erlaubte mir aus alter Erfahrung den Rat, solchen etwas zurückhaltenden Leuten einen etwas deutlicheren Wink zu geben, denn manchmal lechzten sie im Grunde des Herzens darnach, mit ihrem Geld ein Gutes zu tun.

Und nun senkte die Nacht allmählich ihre ruhevollen Schatten hernieder. Der Kofel hoch droben hüllte sein graues, wetterhartes Haupt in Nebelschleier, kaum ist noch das gewaltige, haushohe Kreuz, mit dem er im Gefühl der verpflichtenden Nachbarschaft eines solchen Passionsspieles seinen Gipfel geschmückt, zu sehen.

Noch ein Blick in das Festbuch. Für einen Preis von einer Mark biete es außer dem Text auch noch die Geschichte des Spiels. Sie ist manchmal selbst eine Passion gewesen. Der Rationalismus mit seiner tödlichen Langweiligkeit hat ihm im vorigen Jahr den Garaus machen wollen, als einer der Vernunft gefährlichen religiösen Spielerei. Und es hat damals weder die Vorstellung, daß „keine geschmacklose Personagen" dabei seien, noch die Behauptung, daß die Hauptpersonen „halb oder ganz Europa ausgereiset" sind, helfe wollen. Das Buch, das doch jeder Besucher zur Hand haben muß, ist mit seinem sehr billigen Preis ein Stück Widerlegung von dem getadelten übergroßen Geschäftsgeist der Oberammergauer. Auch ein Blick, den ich in die neuen Aufenthaltsräume der Spieler warf, wo ich nichts als ungestrichene grobe Bänke und Tische von Holz sah, verriet mir wenigstens nichts von Luxus auf anderer Leute Kosten. Und der Allgäuer, der nicht weit von hier gewaltig schalt, daß so was „a Raibergspiel" wäre — "wissen's, halt a Franz Moor" — der hat gewiß einen Aerger mit den Oberammergauer Geschäftsfreunden gehabt oder hat selbst hinterm Busch gesessen.

reich wirklich Friede sein, soll wirklich die Verständigung und Versöhnung der Völker beginnen, dann muß bei den Pariser Saarverhandlungen der annexionistische Geist zurücktreten, dann dürfen vom Reiche nicht Opfer gebracht werden, die den deutschen Charakter unserer Saarheimat beeinträchtigen und eine gerechte Lösung unmöglich machen.

Das neue Amnestie-Gesetz.

Reichstagsberatung bis auf die Abstimmung beendet.

— Berlin, den 21. Juni 1930.

In der heutigen Reichstagssitzung, in der Vizepräsident von Kardorff den Vorsitz führte, standen die Amnestieanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten zur Debatte. Vom Ausschuß lag ein Antrag vor, das Straferlaßgesetz vom Juli 1928 auch auf die vor dem 1. September 1924 begangenen politischen Tötungsdelikte auszudehnen. Ausgenommen davon sollen nur die Taten sein, die sich gegen einen Minister oder ein früheres Mitglied der Reichsregierung richteten. Die Verhandlungen über die Amnestie-Anträge wurden bis auf die Abstimmung, die am Dienstag nachgeholt werden soll, zu Ende geführt.

Abg. **Leuthenßer** (D. Vp.) gab für die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wird, daß das Amnestiegesetz von 1928 Straffreiheit für alle politischen Delikte gewährte und lediglich die Verbrechen gegen das Leben ausgenommen hat. Dieses Gesetz sollte den Schluß bilden in der Reihe der Amnestiegesetze, die zweifellos nicht zur Stärkung des Rechtsbewußtseins und der Achtung vor dem Gesetz dienten. Inzwischen habe sich aber die Notwendigkeit für eine Ergänzung dieses Gesetzes ergeben. Die im Haag beschlossene Räumungsamnestie würde es als eine Ungerechtigkeit und Rechtsungleichheit erscheinen lassen, wenn nicht auch für die übrigen im besetzten Gebiet begangenen politischen Straftaten volle Straffreiheit gewährt würde, und wenn diese Vergünstigung nicht auch ausgedehnt würde auf politische Straftaten, die unter den gleichen Voraussetzungen außerhalb des besetzten Gebietes begangen sind. Vom Grundsatz der allgemeinen Rechtsgleichheit aus sei es deshalb auch nicht möglich, die sogenannten Fememorde von der Amnestie auszuschließen.

Abg. **Pieck** (Komm.) verlangte eine allgemeine politische Amnestie, von der jedoch die Feme-Verurteilten ausgeschlossen sein sollen.

Abg. **Bayersdörfer** (Bayer. Vp.) gab eine Erklärung ab, wonach seine Partei gegen Amnestien sei, die eine geordnete Rechtspflege untergraben und außerdem in die Zuständigkeit der Länder eingreifen. Sie verkenne aber nicht, daß der Tag der Rheinlandbefreiung für einen besonderen Gnadenakt geeignet sei. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion habe sich daher entschlossen, unter Zurückstellung aller Bedenken ausnahmsweise für die Vorlage zu stimmen.

Abg. Dr. **Everling** (Dntl.) betonte, die Feme-Verurteilten hätten einen Abwehrkampf gegen Verräter geführt und dem Vaterlande große Dienste geleistet. Die Amnestierung sei eine Forderung der Gerechtigkeit. Zum Schluß empfahl der Redner noch eine Entschließung, wonach in Erweiterung der Räumungsamnestie auch Steuer- und ähnliche Delikte im besetzten Gebiet amnestiert werden sollen. Landgerichtsdirektor Siepert habe den Femeverurteilten bestätigt, daß sie im guten Glauben an eine vaterländische Sache gehandelt hätten.

Abg. **Landsberg** (Soz.) erklärte, die Kommunisten hätten der Amnestierung der Femeverurteilten zustimmen wollen, wenn ihren weiteren Wünschen Rechnung getragen worden wäre. Eine Milderung der Strafen für die im Ausschußantrag genannten Delikte müsse im Gnadenwege geschehen. Die vorliegenden Anträge lehne seine Partei entschieden ab.

Reichsjustizminister Dr. Bredt

wies darauf hin, daß es sich um Verbrechen handele, die unter ganz außergewöhnlichen Umständen begangen worden sind. Der Stuttgarter Fall sei mit den Femetaten nicht zu vergleichen. Dort handele es sich um einen Mann, der aus vermögensrechtlichen Gründen mit voller Ruhe und Ueberlegung seinen eigenen Vater erschossen habe. Die württembergische Staatsregierung habe erklärt, daß eine Begnadigung unter keinen Umständen in Frage kommen könne. Von der Amnestie würden in erster Linie Delikte betroffen, die lediglich in Verteidigung der deutschen Stellung am Rhein begangen wurden. Erst in zweiter Linie kämen die Fälle der sogenannten Fememörder. Die Reichsregierung sei mit dem Gesetzentwurf einverstanden.

Abg. Dr. **Scheiter**-Köln (Ztr.) meinte, wenn die Amnestie manche Femeverurteilten begnadigen würde, die mit ganz besonderer Roheit vorgegangen seien, so müßten diese wenigen Fälle in Kauf genommen werden. Im wesentlichen komme der Straferlaß denen zugute, die gegen die Separatisten gekämpft hätten.

Am Montag wird der Haushalt des Reichsernährungsministeriums und im Zusammenhang damit das Osthilfegesetz beraten werden.

Reich und Länder.

Beschlüsse über Organisation und Zuständigkeit.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz für die Reichsreform schloß unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning seine Arbeiten über Organisation und Zuständigkeit des Reiches und der Länder ab. Er stimmte zumeist mit großer Mehrheit den Vorschlägen seines Unterausschusses zu. Die Schlußabstimmung selbst erfolgte mit 15 gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Nach diesen Beschlüssen soll das Nebeneinander von Reichs- und preußischer Zentralgewalt beseitigt und leistungsfähige Verwaltungskörper zwischen dem Reich und den unteren Behörden in der Gestalt von neu zu gliedernden Ländern geschaffen werden.

Wenn es auch nicht gelingen konnte, diesen Ländern ein völlig einheitliches Gepräge zu geben, so ist doch eine Grundlage für eine gleichmäßigere und bessere Gestaltung des Reiches geschaffen. Ueber die gesetzgeberische Inangriffnahme des Reformwerks selbst wird die Reichsregierung nunmehr Beschluß fassen.

•

Zinserhöhung für Aufwertungshypotheken.

Der Gesetzentwurf über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken, der die Reichsregierung ermächtigt, ab 1. Januar 1932 den Zinsfuß zu erhöhen, ist nunmehr vom Reichsrat verabschiedet worden.

Ein preußischer Antrag, die Tilgungshypotheken von dem Gesetz auszunehmen, wurde mit 38 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wurde mit 39 gegen 22 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmte das preußische Staatsministerium, der Vertreter von Lippe und fast sämtliche preußischen Provinzen, während sich der Rest der preußischen Provinzen der Stimme enthielt.

Die Arbeiten der Länderkonferenz.

Der Hauptausschuß der Länderkonferenz für Verfassungs- und Verwaltungsreform, der unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Brüning tagte, beschäftigte sich mit den Beschlüssen des Unterausschusses II für Zuständigkeit und Organisation über das von den Gutachtern Reichsminister a. D. Dr. Koch-Weser, Ministerialdirektor Dr. Brecht, Staatsminister Dr. Remmele und Landeshauptmann Dr. Horion erstattete Gemeinschaftsreferat über die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern sowie über das Referat betreffend die Organisation der Länder und den Einfluß der Länder auf das Reich.

Höpker-Aschoff lehnt ab.

Eine amtliche Mitteilung. — Die Zentrumsfraktion hinter Brüning.

Amtlich wird mitgeteilt:

Zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und dem preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff fand eine Aussprache über die politische Lage statt. Der Reichskanzler hat eine Entscheidung, wen er als Nachfolger des zurückgetretenen Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer dem Herrn Reichspräsidenten vorschlagen wird, noch nicht getroffen.

Wie wir über diese amtliche Mitteilung hinaus erfahren, soll der preußische Finanzminister in seiner Unterredung mit dem Kanzler erneut zum Ausdruck gebracht haben, daß er aus allgemeinpolitischen Erwägungen nicht in der Lage sei, das Amt des Reichsfinanzministers zu übernehmen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm einen Bericht des Reichskanzlers über die politische Lage entgegen. Der Reichskanzler beschäftigte sich in seinen Ausführungen in der Hauptsache mit den Gründen, die die Regierung zur Einbringung ihrer Deckungsvorlage veranlaßt haben und betonte dabei, die Regierung werde zwar in der Form mit sich reden lassen, in der Sache aber beharre sie unbedingt auf ihrem Standpunkt. Eine Aussprache über den Bericht des Reichskanzlers fand nicht statt. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion stellte fest, daß die Zentrumsfraktion geschlossen hinter dem Reichskanzler Brüning und der Reichsregierung stehe

Reform-Gesetz verabschiedet.

Reichsrat stimmt der Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung zu.

— Berlin, 23. Juni.

Das Plenum des Reichsrats beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung, der eine Erhöhung der Beiträge um 1 auf 4,5 Prozent vorsieht sowie Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben und stimmte der Novelle zu. Stimmenthaltung übten Hamburg, Bremen, Lippe, Braunschweig, Thüringen und einige preußische Provinzen.

Angenommen wurden auch die Ausschußanträge, denen zufolge die Zustimmung unter der Voraussetzung erfolgte, daß alsbald auch eine Neuregelung der Krisenunterstützung und der Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen erfolgt. Zur Vorbereitung dieser Neuregelungen solle die Reichsregierung sofort eine Erhebung über die Zahl der Krisenunterstützten und Wohlfahrtserwerbslosen in den einzelnen Gemeinden vornehmen.

Von Regierungsseite wurde mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung dafür einsetzen werde, daß der Entwurf zur Krankenversicherung im Reichstag gleichzeitig mit der Novelle zur Arbeitslosenversicherung verhandelt wird.

Im übrigen verabschiedete der Reichsrat noch verschiedene Abmachungen mit fremden Staaten sowie eine Ausführungsverordnung zu dem Reichsgesetz über die Gewährung von Zuschüssen für die Ansiedlung von Landarbeitern.

Deutschland—Amerika.

Der Reichsaußenminister über die beiderseitigen Beziehungen.

Dr. Curtius hielt eine Ansprache über die deutsch-amerikanischen Beziehungen und gemeinsamen Friedensbestrebungen, die durch Rundfunk in den Vereinigten Staaten verbreitet wurde.

Rückblickend gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Auswüchse der Kriegspsychose zwischen den beiden Völkern schon sehr bald nach Kriegsende verschwunden seien, und daß bei der Beurteilung des deutschen Schicksals in den Vereinigten Staaten

Wahrheit und Gerechtigkeit

sich mehr und mehr Bahn brechen. Er unterstrich besonders, daß Amerika eines der wenigen Länder gewesen sei, die das beschlagnahmte deutsche Eigentum den deutschen Eigentümern zurückgegeben haben. Amerikanisches Kapital habe Deutschland bei seinem Wiederaufbau geholfen. Weiter wies Curtius auf die rasche Wiederanbahnung des kulturellen Austausches, der wechselseitigen Beteiligung an sportlichen Ereignissen und die Zusammenarbeit auf technischem Gebiete hin.

Auch die Politik der beiden Staaten strebe nach einem gemeinsamen idealen Ziele, der Schaffung einer festen und

dauerhaften Grundlage für den Weltfrieden.

Dr. Curtius gab ferner einen kurzen Ueberblick über die internationalen Abmachungen, die die Beziehungen der Völker untereinander regeln und mit deren Hilfe man Zusammenstöße zu vermeiden hofft. Anschließend erinnerte Reichsminister Curtius an den Berliner Besuch des Präsidenten der Carnegie-Stiftung und Columbia-Universität, N. M. Butler. Butler habe sich bereit erklärt, ein amerikanisches Komitee zu bilden, mit der Aufgabe, an einer Stresemann-Gedächtnisstiftung mitzuwirken, die eine Friedensakademie in Berlin einrichten solle.

Reform der Krankenversicherung

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über Aenderungen in der Krankenversicherung vorgelegt. Aus den Bestimmungen des Gesetzentwurfes wird bekannt, daß die Reichsversicherungsordnung in der Weise geändert werden soll, daß es den Krankenkassen in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, besonders großartige Bauten herzustellen. Die für den Versicherten wichtigen Bestimmungen über den Krankenschein lauten in der neuen Fassung:

Bei der Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von 50 Pf. zu entrichten. Für die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr für den Krankenschein beträgt 1 Mark.

Der bisherige Zustand, daß die Angestellten im Krankheitsfalle Krankengeld neben ihrem Gehalt bezogen, wird durch folgende Bestimmung abgeändert: Der Anspruch auf

Kranken- und Hausgeld ruht,

wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Auch die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Aerzten werden neu geregelt. Die Krankenkassen sind verpflichtet, binnen einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes die Beiträge unter Berücksichtigung der Aenderungen des Gesetzes neu festzusetzen. Das Gesetz tritt am 1. September 1930 in Kraft.

Vertretertagung des Landbundes

Telegrammwechsel mit Hindenburg. — Gemeinsame Arbeit für die Rettung des Ostens.

Der Reichslandbund hielt in Königsberg eine Vertreterversammlung ab und beschäftigte sich eingehend mit der staats- und agrarpolitischen Lage. Von der Formulierung einer Entschließung wurde Abstand genommen; statt dessen wurden die Führer beauftragt, dem Reichskanzler die Forderungen und Auffassungen des Landbundes darzulegen.

Dem Reichspräsidenten entbot der Landbund in einem Telegramm seine ehrfurchtsvollen Grüße, verbunden mit einem Dank für die richtungweisende Botschaft Hindenburgs vom 18. März. Reichspräsident von Hindenburg erwiderte die Grüße und schloß sein Telegramm mit den Worten: „Gemeinsame tatkräftige Arbeit muß dazu führen, der Notlage, die den deutschen Osten so schwer bedrängt, Herr zu werden."

Im Verlaufe der Tagung behandelte Präsident Bethge die Bedeutung des Ostens. Gutsbesitzer Strüvy betonte, mehr als Ostpreußen in den letzten drei Jahren an Reichs- und Staatshilfe erhalten habe, hätte es in Form von Steuern wieder abführen müssen. Ostpreußen habe rund

1100 Zwangsversteigerungen,

die Reduzierung des landwirtschaftlichen Vermögens der Provinz auf ein Viertel der Vorkriegszeit und eine Verdierfachung des Zinsendienstes zu verzeichnen.

Präsident Hepp wies auf die Krise auf dem Agrarweltmarkt hin und forderte Hilfsmaßnahmen auch für die neue Ernte sowie eine zielbewußte Zoll- und Handelspolitik. Jede Abmachung sei abzulehnen, die Deutschland die volle Freiheit in handelspolitischen Fragen zu nehmen suche. Die sofortige Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages oder die sofortige Lösung der darin enthaltenen, für das deutsche Molkereiwesen untragbaren Bindungen sei zu verlangen. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien müßten zu einer Lösung der vorhandenen Zollbindungen führen, um den Erzeugnissen des Obst-, Garten-, Kartoffel- und Weinbaues und der Geflügelhaltung über eine Verstärkung des zollpolitischen Schutzes zu erhöhter Rente zu verhelfen. Bezüglich innerwirtschaftlicher Maßnahmen sei die Verabschiedung des Brotgesetzes zu verlangen, die Verlängerung des Vermahlungszwanges, die Verabschiedung des Reichsmilchgesetzes und die Erledigung des Weingesetzes. Die Unrentabilität der Landwirtschaft müsse daneben von der kreditpolitischen Seite angepackt werden.

Die Voraussetzung für den Erfolg der geplanten Osthilfe sei grundsätzlich die Herstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft. Auch die jetzt zur Verfügung zu stellenden Millionen würden verloren sein, wenn man nicht gleichzeitig für eine allgemeine Lastensenkung sorge. Den in der Regierungsvorlage zum Ausdruck kommenden Absichten, den Haushaltsfehlbetrag mit irgendwie gearteten neuen Steuern zu beseitigen, müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Forderung laute: Nicht Steueraufbau, sondern Ausgabenabbau und damit Lastensenkung.

Ein europäisches Großkraftnetz.

10 000 Kilometer Kabel.

Auf der Weltkraftkonferenz in Berlin entwarf Generaldirektor Dr. Oliven ein kühnes Bild von der Kraftversorgung Europas.

Nach seinem Vorschlag soll ein europäisches Großkraftnetz mit Hochspannungslinien die äußersten Länder Europas über die anderen europäischen Staaten verbinden, und zwar soll eine Linie von Skandinavien nach den Alpen und Italien, eine andere von Calais nach Lissabon und eine dritte von Warschau nach dem Balkan führen. Von Osten nach dem Westen soll eine Linie von Polen nach Paris, eine zweite von Rostow am Don in Südrußland durch Oesterreich und die Schweiz nach Lyon gebaut werden. Das gesamte europäische Großkraftnetz wird etwa 10 000 Kilometer Leitungslinie haben. Die elektrische Energie soll in diesem Netz in Form von Drehstrom von 380 000 bis 400 000 Volt transportiert werden.

Dr. Oliven errechnet die Baukosten für das europäische Großkraftnetz mit 1,5 Milliarden Mark, wozu noch die Kosten für 25 Stationen und etwa 20 Umspannwerke kommen, so daß schließlich die Gesamtbausumme zwei Milliarden Mark betragen wird.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 23. Juni 1930.

— Aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes finden am 1. Juli auch in den preußischen Fach- und Berufsschulen Schulfeiern statt.

•

:: **Mißbrauchs des mitteldeutschen Rundfunks durch einen Kommunisten.** Am Vorabend der sächsischen Landtagswahlen rief der Sprecher der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. nach Verlesen der Pressenachrichten den Rundfunkhöhrern mehrmals zu: „Wählt Kommunisten, wählt Liste 3." Dann wurde er am Weitersprechen verhindert. Wie mitgeteilt wird, handelte es sich um einen Hilfssprecher namens Fritz Gabler, der sich in gekündigter Stellung befand. Gabler wurde fristlos entlassen.

Rundschau im Auslande.

⁑ Der französische Ministerpräsident will gegenüber dem sozialistischen Antrag, den Heeres- und Finanzausschuß mit der Ausarbeitung eines genauen Berichtes über die verschwundenen Milliarden zu beauftragen, die Vertrauensfrage stellen.

⁑ Der Präsident Brasiliens, Prestes, hat sich auf dem englischen Dampfer „Olympic" nach Europa eingeschifft.

⁑ In Kaschgar (Ostturkestan) ist der Vertreter der chinesischen Regierung, Wansulin, von unbekannten Tätern ermordet worden.

•

Einjährige Dienstzeit in Frankreich.

⁑ Um den vernichtenden Eindruck, den die Ankündigung der neuen Rüstungsausgaben machen mußte, einigermaßen zu verwischen, läßt die französische Regierung soeben eine Verordnung erscheinen, nach der am 15. Oktober dieses Jahres die einjährige Dienstzeit endgültig in Kraft gesetzt werden soll.

Zuspitzung im Malta-Konflikt.

⁑ In Malta ist es während der Abwesenheit Lord Stricklands, der sich zwecks Beratungen mit der englischen Regierung über den Konflikt mit dem Vatikan in London befindet, zu einer Spaltung gekommen. Das Kabinett ist zurückgetreten und hat die Portefeuilles dem Gouverneur überreicht. Die Verfassung ist auf unbestimmte Zeit aufgehoben worden.

Konferenzempfang in Potsdam.

Einladung der Weltkraftfachleute durch die preußische Regierung.

Die preußische Staatsregierung hatte am Freitagnachmittag etwa 1500 Teilnehmer der Weltkraftkonferenz zu einem Ausflug nach Potsdam zur Besichtigung des Schlosses Sanssouci und des Neuen Palais und zu einem Tee-Empfang in letzterem eingeladen. In 45 Gesellschaftsautos fuhren die Teilnehmer über die Avus durch Wannsee und Potsdam nach Sanssouci, wo die Teilnehmer sich durch den Park zur Besichtigung zum Schloß Sanssouci begaben und dann zum Neuen Palais fuhren. Hier wurden sie von Vertretern der preußischen Staatsregierung empfangen. Nach einer Besichtigung der historischen Schloßräume fand dann auf den Terrassen des Schlosses ein Tee im Freien statt.

Am Abend gaben die ausländischen Konferenzteilnehmer im „Kaiserhof" ein Bankett zu Ehren des deutschen nationalen Komitees, das die Durchführung der jetzigen Tagung der Weltkraftkonferenz übernommen hatte. Bei dieser Gelegenheit hielt der bekannte schwedische Ingenieur Dr. ing. e. h. Johannes Ruths aus Stockholm eine

Rede auf den deutschen Ingenieur.

Der deutsche Mensch der Technik, so führte er aus, suche in den Schöpfungen der Technik jene Sehnsucht zu stillen, jene Frage zu beantworten, deren Lösung er früher in den großen Philosophemen und den künstlerischen Schöpfungen gesucht habe. „Ich sehe in den deutschen Ingenieurwerken, den Schöpfern wohl meist unbewußt, die alte Sehnsucht des Denkers und Dichters weiterleben, und für mich stellt der deutsche Ingenieur mehr als irgend ein anderer in seiner Technik die Synthese des Forschers und des Schöpfers dar."

Die Neuwahlen in Sachsen.

— **Dresden**, 23. Juni. Nach dem vorläufigen, nichtamtlichen Ergebnis aus den Wahlkreisen ergibt sich folgendes Gesamtergebnis für Sachsen:

	Reichstagswahl 20. 12. 28	Landtagswahl 12. 5. 29	Voraussichtliche Sitze	
Sozialdem.	871 327	999 421	922 932	32 (33)
Volkspartei	227 319	316 017	363 382	8 (13)
Kommun.	355 552	381 568	345 530	13 (12)
Wirtschaftsp.	276 702	233 252	304 884	10 (11)
Deutschnat.	124 300	254 488	211 906	5 (8)
Landvolk	120 497	145 476	140 611	5 (5)
Natsoz.	376 724	74 343	133 968	14 (5)
Demokrat.	83 671	177 356	115 289	3 (4)
Volksrechtsp.	44 142	87 545	70 131	2 (3)
Altsoz.	19 187	— —	40 598	— (2)
Volksnat. Reichsver.	39 351	— —	— —	2 (—)
Kommun. Oppos.	14 827	— —	22 129	— (—)
Christs. Volksd.	57 608	— —	— —	2 (—)

— **Leipzig**, 23. Juni. Der Wahltag ist in Leipzig ohne jede Störung verlaufen. Es herrschte drückend schwüles Wetter. Soweit sich bis jetzt überblicken läßt, dürfte mit einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent zu rechnen sein. Die Propagandatätigkeit der Parteien hat schon in den frühen Morgenstunden begonnen. — Auch in Dresden ist der Tag bis jetzt ruhig verlaufen.

Jubiläumstagung des Wingolfbundes in Eisenach.

Zum 38. Male kehrte der Wingolfbund in der Pfingstwoche in Eisenach ein, um sein traditionelles Wartburgfest zu feiern. 1850, also vor 80 Jahren, zog der Wingolf zum erstenmal zur Wartburg, die für ihn Symbol seines christlichen und deutschen Willens wurde. Aus den wenigen Verbindungen von damals ist heute ein Bund erwachsen, der in 33 Verbindungen 1400 studierende Mitglieder und über 6000 Philister umfaßt. Die Teilnehmerzahl am Wartburgfest, die von Mal zu Mal wuchs, belief sich diesmal auf insgesamt 900.

Als besondere Ereignisse des Festes sind zu erwähnen: die ernste Feier am Fuße der Wartburg, die von Generalsuperintendent D. Zöllner, Münster, gehalten wurde, der Festzug durch die Straßen Eisenachs mit der Feier im Wartburghof, die GefallenenGedenkfeier am Wingolfsdenkmal, zu der sich auch das Eisenacher Offizierkorps eingefunden hatte, und der feierliche Kommers mit dem anschließenden Treuschwur, auf dem der Wingolf außer dem Oberbürgermeister von Eisenach eine große Zahl mitfeiernder Gäste begrüßen konnte. — Im Verlauf der Festtage wurde am Grabe Friedrich Lienhardts, der dem Wingolf angehörte, eine Gedächtnisfeier veranstaltet.

Turn- und Sportkämpfe, die einen Einblick in eine hohe sportliche Leistungsstufe der aktiven Verbindungen gaben, leiteten das Fest ein. Dem Wartburgfest voran ging eine dreitägige Arbeitstagung in der Bauernhochschule Neudietendorf bei Erfurt, auf der etwa 120 Teilnehmer in einer Reihe von Vorträgen und eingehenden Aussprachen die grundsätzlichen Fragen des Wingolf durcharbeiteten.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

18jähriger **Sattler-, Polsterer- und Tapezierergeselle** sucht, gestützt auf sehr gute Zeugnisse, zur weiteren Ausbildung, für sof.

Stellung.

Angebote an **Adam Hermann Dietrich, Nieder Liebersbach,** Post Birkenau i. O. (Hessen)

Vereidigter

Landmesser

erfahren in Grenzfeststellungen, Fortschreibungsmessungen, und Wasserrechtsbearbeitungen sucht Dauerstellung bei gleichgesinntem Kollegen. Angebote unter A. 6745 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts"

Kaiser-Natron

milde im Geschmack und sehr bekömmlich, bringt Erleichterung und Linderung bei Sodbrennen, Magensäure, wirkt beruhigend. Man verlange ausdrücklich Kaiser-Natron nur in grüner Original-Packung, niemals lose, in den meisten Geschäften. Rezepte gratis.
Arnold Holste Wwe., Bielefeld. (1-47)

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Langerhausen, Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in **Ophir** erhältlich.

EISU Stahl- u. Holz-**Betten** Schlafzim., Stahlmatr., Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden, Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)



Das ganze Jahr geöffnet.
Mäßige Preise.
Näheres Prospekt.

Erholungsuchende

finden Aufnahme in ruhigem, christl. Hause, in kleinem Familienkreis. Gute Verpfleg. Tagespreis 4.— Mk. Villa im Garten. Nahe gelegene, schöne Spaziergänge.

Frl. von Otterstedt, Ballenstedt-Harz, Poststr. 61

Für die Einmachezeit



empfehlen wir unsere bewährten **Einmach-Kannen** ebenso wie sämtliche **Geschirre** für Küche und Haushalt aus bestem Aluminium.

Tiberias-Werke der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld.

Der Rundfunk-hörer

Die kulturbetonte, reich illustrierte Rundfunkprogrammzeitschrift, der Vorkämpfer für Heimat, Seele, Volkstum im deutschen Rundfunk.

Ausführliche Programme aller Sender
Orientierende u. unterhaltende Aufsätze
Bastel- und Rätselecke — Guter Roman

Reichsausgabe monatlich 90 Pfg. Ausgabe A (Noragsender) vierteljährlich 1,80 RM. Bestellungen bei jeder Post. — Zu haben in jeder Buchhandlung.
Probeheft umsonst
Verlag: Hamburg I, Große Bäckerstr. 5—7

„Original"

Schlaraffia-Matratzen

fertigen als Spezialität an

Polsterei Ordelheide, Bielefeld
Kreuzstraße 43 • Gegr. 1888

Anzeigen aus Bethel.

— **Trockenes Anmacheholz** hat abzugeben **Morija.**

Hospize und Heime.

Haus Bergblick, Luftkurort Ilsenburg, freundl., ruh., sonniges Heim im Harz unterhalb des Brockens. Behagl. einger. Zimmer mit und ohne Pension. Mäßige Preise. Ausf. Auskunft erteilt **Tabea Sprick** (vorm Frau Pastor M. Sprick).

Kurort Braunfels a. d. Lahn (Taunus). Familienpension „Bethanien". Bekannte Heilquelle „Karlssprudel" gegen Nieren- und Zuckerk. Prächtiger Park. Haus ganz abgelegen in Waldesnähe. Diätküche. Illustr. Prospekt! **F. Kreutzkamp, Bundessekretär.**

Heidelberg, Christliches Hospiz Wartburg (früh. Blau-Kreuz-Hotel) Schiffgasse 2, am Neckar gelegen mit schöner Aussicht auf das Gebirge. Zimmer mit fließend. Wasser, Zentralheizung, Bad, elektr. Licht, Fernruf 755. 40 Betten von 2,50 bis 5,— Mk. Vorsaison Ermäßigung. Besitzer: August Kühn.

Köln a. Rh. Christl. Hospiz, Hotel Fernes. Inh.: Fritz Kraus, Diakon Johannisstr. Nr. 77. Tel. Rheinl. 3562 (nicht zu verwechseln mit Johannisstraße Nr. 39). Freundl. Zimmer mit guten Betten! Vorzügl. bürgerliche Küche! Mäßige Preise!

Bicken, Dillkreis, Bez. Wiesbaden. **Land-Jugendheim „Dennoch".** Freizeit- und Erholungsheim für Kinder und Jugendliche. Schöne Lage am Wald, 7½ Morgen großer Obstgarten. Badegelegenheit. Mäß. Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Anfr. an: Lehrer a. D. Th. Kopp, Herborn, Dillkreis.

Leipzig. Christl. Hospiz, Roßstraße 14 Bes.: Verein für Inn. Mission. Straßenbahn 2 und 16. Fernruf 16269 und 20791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Bad Lippspringe. Christl. Erholungsheim Immanuel. Trautes Heim am Tannenwald. Vorzügl. Verpflegung. Bill. Preise. Das ganze Jahr offen. Zentralheizung. Bäder. Liegehallen. Andachten.

Barmen. Christl. V. j. M. Immanuel Hospiz und Pensionat. Untere Lichtenplatzerstraße 8, Fernsprecher 95521. Behagliches Heim mit guter Verpflegung für kürzeren und längeren Aufenthalt. Zentralheizung, elektr. Licht und Bad im Hause. — Mäßige Preise. Zu erreichen mit Linie 8 ab Hauptbahnhof, Haltestelle Schillerstraße.

Nordseebad Langeoog. Tongers Familienheim bietet Erholungsuchenden Wohnung mit gut bürgerlicher, seegemäß kräftiger Verpflegung. Kurze Abendandachten hält im Juli Pastor Tegtmeyer, Vorsteher der Diakonenanstalt Nazareth in Bethel, und im August Pastor Voigt am Diakonissenhaus Sarepta in Bethel. Weitere Auskunft wird kostenlos durch Hausprospekt gern erteilt.

Unkel a. Rhein. Horeskahaus Hotel Schulz. Direkt am Rhein. Pensionspreis von 7 Mk. an.

Hospiz E. V. j. M., Christl. Verein jg. Männer e. V., **Essen,** Hoffnungstr. 9 (Nähe Limbeckerplatz). Vollständ. neu eingerichtet, elektr. Licht, Zentralheizung. Ruhige Lage. Einzelzimm von Mk. 2.75.

Luzern (Schweiz), Johanniterhof Vierwaldstättersee, Christl. Hospiz, Sempacherstr. 46, 5 Min. von Bahn und Schiff. Mäßige Preise. Kein Trinkzwang. Trinkgeldberechnung. Restauration.

Nürnberg. Horeskahaus Sterntorhospiz. 3 Min. links vom Bahnhof. 3,50 Mk. an.

Stolberg/Harz. Christl. Erholungsheim. Bevorz. Lage, best eingerichtet, ruhig. Haus. Andacht. Sanatoriumsverpflegung. Mäßige Preise.

Wernigerode-Rötschenrode. Christl. Erholungsheim Haus Rödenbeck, Schmales Tal 2, mit großem Garten, herrlich im Walde gelegen. Tagespreis für volle Pension 4,40 Mk. Durch Pastor Hölzel warm empfohlen.

Christl. Erholungsheim Braubach am Rhein, in schönster Rheingegend. Tägl. Andacht. Sonnige Zimmer mit und ohne fließend. Wasser. Gute Verpflegung. Tagespreis 4.80—6 Mk. Prospekte und Auskunft durch H. Göttert in Braubach a. Rhein, Wilhelmstraße 6, Telefon 51.

Neuhäuser Ostpr. Kaiserin-Auguste-Viktoria-Heim. Evang. Kurhaus a. d. Ostsee. Wundervoller Strand. Herrl. Wald. Schöne Spaziergänge. Großer Park. Gute Pension 3,50—5,00 Mk., je nach der Jahreszeit. Jahrüber geöffnet. (Inh. Ev. Frauenhilfe.)

Kinderheim Paulsen. Ganzjährig geöffnet. Prospekt frei d. d. Besitzer Gemeindevorsteh. Paulsen, **Amrum-Norddorf.**

Nordseebad Langeoog. Christliches Erholungsheim „Bethanien", Erholungsheim des Diakonie-Vereins „Bethanien", Solingen-Aufderhöhe. Familiärer Gemeinschaftskreis. Andachten und Versammlungen im Hause Anerkannt gute Verpflegung, mäßige Preise. Kurtaxe berechtigt zum Baden. Nähere Auskunft durch: Schw. Marie Rießner, Christliches Erholungsheim „Bethanien", Nordseebad Langeoog. Postscheckkonto: Christl. Erholungsheim Langeoog, Amt Essen Nr. 20502.

Oberndorf b. Feudingen, Kr. Wittgenstein. Christliches Erholungshaus Elim. Winter und Sommer geöffnet. Stärk. Luft herrl. Wald. Tägl. Andacht 4,— bis 4,50 Mk. Gut eing. Zimm. mit elektr. Licht. Badeeinrichtung. Anmeld. an die Leitung.

Bad Salzuflen. Christl. Erholungsheim „Bergfriede". Eigentum des Diakonenhauses Nazareth, Bethel. Mäßige Preise, für Berufsarbeiter der Inn. Mission besondere Ermäßigung. Hausvater Schneider, Salzuflen (Lippe), „Bergfriede".

Ostseebad Müritz, christl. Familienpension Min Hüfing. Winter und Sommer geöffnet. Sehr gute Verpflegung, elektr. Licht, Bad. Breiter Strand, herrl. gesch. Waldspaziergänge. Bes.: Frl. Engel und Frau Dir. Schlapoczek.

Hamburg. Auswandererheim und Hospiz für Stadtbesucher, 4 Minuten vom Hauptbahnhof, Rautenbergstr. 11, neu eingerichtet, Betten von Mk. 1.75 an; Zentralheizung, fließendes Wasser, sehr preiswerte und gute Verpflegung. Telephon Hansa 4702.

Schloß Rhoden (Waldeck). Erholungsheim für berufstätige Damen. Beste Verpflegung. Schöne Zimmer mit herrlicher Aussicht. Tagespreis 4,50 und 4,25 Mk.

Christl. Hospiz und Erholungsheim, Bad Salzuflen, Wenkenstraße 30, Telefon 904. Unmittelbar am Kurgarten. Neuzeitl. einger. Zentralheizg. fließ. Wasser. Beste Verpfl. Auch Tagesgäste. Vor- und Nachsaison billiger. Näheres durch Prospekt.

Bad Dürrheim (Schwarzwald), höchst gelegenes Solbad Europas. **Christliches Erholungsheim „Haus Hecht".** Neuzeitlich eingerichtetes Neubaus für spezielle Winterkuren. Solbad im Hause. Zentralheizung in allen Räumen. Fließendes warmes und kaltes Wasser in allen Zimmern. Die ganze Südfront mit großen Liegeterrassen versehen. Gute und reichliche Verpflegung bei 5 Mahlzeiten. Diätküche. Staubfreie ruhige Lage. Mäßige Preise. Telefon Nr. 236.

Orsoy (Niederrhein). Heimvolkshochschule f. j. Mädchen v. 18 J. Einjähr. Lehrgang. Ziel: Charakterbildung auf christlicher und deutscher Grundlage. Neben wissenschaftlichem Unterricht auch hauswirtschaftlicher mit Praxis.

Erholungsheim im Solling b. Dassel, Krs. Einbeck, Weserbergland. Höhenlage inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder, Licht-, Luft- und Sonnenbäder, Zentralheizg., elektr. Licht. Andachten und Bibelstunden. Prospekte kostenlos.

Stuttgart. Hospiz z. Herzog Christoph, Christophstraße 11. 60 Zimmer von Mk. 3,50 ab. Zentralheizung, Elektr. Licht. Kein Trinkgeld. Aufzug. Voranmeldung ratsam.

Wernigerode-Oberhasserode. Christl. Haus Waldfrieden-Sieveking, Steinberg 18, nahe Tannenhochwald und 4 Min. v. Station Hasserode der Harzquerbahn. Zentralheizg. Das ganze Jahr geöffnet. Fräulein E. Sieveking

Wölfelsgrund, Glatzer Schneegebirge Deutsch-christl. Touristenheim Hötzelei im Bergwald an einem Fußweg gelegen, für kürz. und läng. Aufenthalt geeignet. Nachtl. von 1,50 Mk. an, Frühstück 75 Pfg. Charlotte v. Radecke

Kurhaus Monbachtal. Christl. Erholungsheim im Schwarzwald, herrliche, einsame Lage zwischen Höhen und Wäldern. Frdl. Zimmer, gute Küche. Eine halbe Stunde von Bad Liebenzell, Bahnhof Monbach-Neuhausen. Tagespreis Mk. 4.50 bis 5.50.

Alkoholkranke! Wo finden dieselben Aufnahme und gewissenhafte, individuelle Behandlung und Pflege? **Im Haus Burgwald, „Heilstätte" Eberstadt b. Darmstadt.**

Wernigerode-Harz. Christl. Erholungshaus und Hospiz „Harzfriede". 1. Mai bis 15. Oktober. Fernruf 522. Werbeschrift.

Leipzig. Christl. Hospiz Wittenbergerer Hof, Tzermaksgarten 10, (5 Min. vom Hauptbahnhof, linker Ausgang). Ruhigste Lage. 30 Zimmer. Elektr. Licht. Zentralh., Bäder. Preis pro Bett 2,50 bis 4,— Mk. einschl. Bedng.

Münster i. W., Christl. Hospiz, Sternstraße 8, Fernruf 1242. 8 Min. vom Bahnhof. Ruhige Lage. 10 Zimmer 12 Betten von 2—3 Mk.

Soistleden, Post Mansbach, Rhön. Christl. Erholungshaus Gnadenheim. Zur rechten Ausspannung wirklich geeignet. Herrliche Lage, weite Fernsicht, größte Stille. Gute Verpflegung, freundliche Zimmer, mäßige Preise, tägliche Andachten. Schnellzugstation Hersfeld. Eigene Autoverbindung. Besitzer Ernst Jaek.

Taub a. Rh., Haus Eisenburg, Erholungsheim des Westd. Jünglingsbundes. Prachtvolle Lage. Freundl. Zimmer, gute Verpflegung, mäßige Preise. Das ganze Jahr für jedermann geöffnet. Werbeschrift sendet Ferd. Hinnenberg.